

## **Gemeinsamer Antrag von und Bündnis 90 / Die Grünen und SPD-Fraktion**

Gemeinde Rednitzhembach  
Herrn Bürgermeister  
Jürgen Spahl  
Rathausplatz 1

91126 Rednitzhembach

15.03.2013

### **Resolution zur Ablehnung der Liberalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge: Wasserversorgung muss in öffentlicher Hand bleiben!**

Sehr geehrter Herr Spahl,

der Gemeinderat möge folgende Resolution verabschieden:

Die Trinkwasserversorgung der Gemeinde Rednitzhembach soll auch weiterhin in kommunaler Hand bleiben und EU-Bestrebungen zur Ausschreibung der Konzession und damit eventuellen Privatisierung entgegengewirkt werden.

Die Verwaltung wird gebeten, die Auswirkungen des bislang vorliegenden Vorschlages der Europäischen Kommission für eine Europäische Konzessions-Richtlinie auf die Wasserversorgung in der Gemeinde Rednitzhembach darzustellen, sofern das europäische Gesetzgebungsverfahren gemäß dem Kommissionsvorschlag verwirklicht wird.

Die Verwaltung und die Mitglieder des Gemeinderates sind aufgefordert, das europäische Volksbegehren unter [www.right2water.eu](http://www.right2water.eu) zu unterzeichnen.

Begründung:

Es soll einheitliche europäische Regeln geben für den Fall, dass Gemeinden ihre Wasserversorgung vollkommen oder teilweise privat organisieren. Wird mehr als ein Fünftel des Geschäfts außerhalb der eigenen Kommune erbracht und ist der Vertragswert höher als acht Millionen Euro, dann muss künftig öffentlich nach EU-Regeln ausgeschrieben werden. Wenn sich der Ausschussentwurf durchsetzt, haben die betroffenen Kommunen bis 2020 Zeit, die Richtlinie umzusetzen.

Kaum ein Gesetzgebungsakt der Europäischen Union hat in jüngster Zeit mehr Aufmerksamkeit gefunden als der Plan der EU-Kommission für eine Richtlinie zur Vergabe von Konzessionen. Viele Bürger und Kommunen befürchten, dass eine darin enthaltene Ausschreibungspflicht u. a. der Wasser- und Abwasserversorgung das Ende der bewährten öffentlichen Trinkwasserversorgung bedeuten und das Lebensmittel Wasser zum Spekulationsobjekt von Konzernen machen könnte.

Auch wenn momentan kein unmittelbarer Handlungsbedarf zu erkennen ist:  
Die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen darf nicht  
den Binnenmarktregeln unterworfen werden. Die Wasserwirtschaft ist von der  
Liberalisierungsagenda auszuschließen!

gez. Erwin Held  
Bündnis 90 / Die Grünen

gez. Robert Gödel  
Fraktionssprecher SPD